A19-Ä6 Zeitenwende endlich auch finanzpolitisch umsetzen: Schuldenbremse reformieren, Investitionen vorantreiben

Antragsteller*in: Lukas Unger (KV Pinneberg)

Änderungsantrag zu A19NEU (Ä1,2,3,4,5)

Von Zeile 176 bis 177 einfügen:
Akzeptanz in der Gesellschaft ist es wichtig, dass Schulen und Krankenhäuser modern, Züge pünktlich und Wohnungen erschwinglich sind.[Zeilenumbruch]

Investitionsbedarfe erfassen – für eine zukunftsorientierte Infrastrukturpolitik

Als Grundlage für zielgerichtete Investitionen bedarf es eines allumfassenden Überblicks und Monitorings. Aus diesem Grund unterstützen wir die Forderung nach einem regelmäßigen Infrastrukturbericht in Zusammenarbeit von Bund und Ländern, der den aktuellen Leistungs- und Qualitätsstand aller Infrastrukturbereiche sowie die getätigten Investitionen darstellt. Weitergehend soll der Bericht eine langfristige Investitionsbedarfsanalyse umfassen. Dies ermöglicht eine Investitionspolitik mit Weitsicht, die zukunftsgerichtete Entscheidungen für eine dauerhafte Qualitätsverbesserung der öffentlichen Infrastruktur trifft und den Nutzen von Infrastrukturprojekten über ihre gesamte Lebensdauer für die heutigen und kommenden Generationen berücksichtigt.

Begründung

Der Wissenschaftliche Beirat des BMWK führt in seinem Gutachten zur Öffentlichen Infrastruktur in Deutschland die Erstellung eines regelmäßigen Berichts über diese als relevante Reformmöglichkeit für eine Verbesserung der Investitionspolitik an. Dieser hat dabei mehrere Auswirkungen. Zum einen werden die realen Bedarfe aufgezeigt und die nötigen Investitionen ersichtlich. Somit wird ein umfassendes Monitoring geschaffen, dass die Realsituation analysiert. Zum anderen werden zusätzlich Positiv- und Negativtrends für die Gesamtinfrastruktur, aber auch für einzelne Teilbereiche ersichtlich. Dies hilft nicht nur dem politischen Verständnis über die Infrastruktursituation, sondern zeigt auch der allgemeinen Öffentlichkeit und Gesellschaft, in welcher Hinsicht die Infrastruktur Investitionen bedarf, um für die Gesellschaft und Wirtschaft effizient, leistungsfähig und resilient zu sein.

Ein weiterer Aspekt des vom Wissenschaftlichen Beirat geforderten Berichts ist die zukunftsorientierte Perspektive. Infrastruktur darf nicht nur über wenige Jahre, geschweige denn nur über die Erbauungskosten definiert werden. Jedem Infrastrukturprojekt folgt ein Nutzen über Jahre, meist eher Jahrzehnte. Dieser Nutzen spielt in der aktuellen Investitionsbetrachtung häufig nur am Rande des gesellschaftlichen Diskurses eine Rolle. Vielmehr verschränkt man sich, auch auf Grund der finanzpolitischen Rahmenbedingungen, auf die reinen Baukosten. Diese Betrachtung greift zu kurz und ist vor allem nicht generationengerecht, denn eine fehlende Nutzenbetrachtung für die gesamte Lebensdauer schließt somit die kommenden Generationen im Diskurs vollständig aus. Zusätzlich klammern fehlende Zukunftsbetrachtungen jegliche nachhaltigen positiven oder negativen Aspekte von Infrastrukturinvestitionen aus. Diese werden aber grundsätzlich erst über ihre Lebensdauer wirksam, bzw. durch Modernisierung von bestehender Infrastruktur lassen sich bspw. nachhaltig positive wirtschaftliche und klimaschonende Effekte erreichen. Auch dies sind essenzielle Faktoren, die bei Investitionsentscheidungen relevante Beachtung finden sollten. Bereits jetzt bestehende spezifische Infrastrukturberichte, bspw. von der Bundesnetzagentur oder der Deutschen Bahn, sowie einiger Bundesländer. Diese sind jedoch sektor- oder regionsspezifisch angelegt und bieten nur sehr spezifische Einblicke in die Investitionsbedarfe der gesamten Bunderepublik.

Auch Handlungsempfehlungen, die sich aus den Ergebnissen des Berichts ableiten, helfen im gesellschaftlichen Diskurs dem Verständnis gegenüber nachhaltigen und notwendigen großen

Investitionssummen. Zusätzlich lassen sich diese Rückschlüsse der Investitionsbedarfe auch in Verknüpfung mit konkreten Förderungen für Länder und Kommunen bringen, die auf Basis der Berichte ausgearbeitet werden.

Quelle:

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020): Öffentliche Infrastruktur in Deutschland: Probleme und Reformbedarf https://gruenlink.de/2rxl

Unterstützer*innen

Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Mouska Malek (KV Pinneberg); Mathias Schmitz (KV Pinneberg)